

Statistische Berichte

des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg

Stuttgart, Konrad-Adenauer-Straße 18 B



Bevölkerung und Kultur

* B III 2

1. März 1968

Strukturdaten der Landtagswahlkreise

Bereits unter dem 24. April 1967 hat das Statistische Landesamt im Hinblick auf die im Frühjahr 1968 anstehende Neuwahl des Landtags von Baden-Württemberg den Statistischen Bericht B III 1 und 2 "Ergebnisse der Bundestagswahl 1965 und der Landtagswahl 1964 nach Landtagswahlkreisen" herausgegeben. Damals war der genaue Wahltag noch nicht bekannt; inzwischen hat sich die Landesregierung für den 28. April 1968 entschieden. Unbekannt war seinerzeit ferner, ob nicht der Landtag im Zuge der parlamentarischen Beratung eines Initiativgesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP zur Änderung des mit dem Landtagswahlgesetz von 1955 eingeführten Verfahrens bei der Verteilung der Landtagsmandate auch die seitdem geltende Wahlkreisgliederung Baden-Württembergs einer Revision unterziehen würde. Mit der Ablehnung dieses Initiativgesetzentwurfs am 13. Juli 1967 hat der Landtag gleichzeitig auf eine Änderung der Wahlkreiseinteilung verzichtet; nach Lage der Dinge ist davon auszugehen, daß frühestens in der kommenden Legislaturperiode eine Novellierung des Landtagswahlgesetzes erfolgen wird.

Demgemäß steht nunmehr fest, daß Wahlverfahren und Wahlkreiseinteilung unverändert fortgelten. So ist es jetzt dem Statistischen Landesamt möglich, anknüpfend an die eingangs erwähnte Veröffentlichung einen zweiten Vorbereitungsbericht zur Landtagswahl 1968 herauszugeben, der die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur der Landtagswahlkreise zahlenmäßig darstellt. Der Bericht enthält drei Tabellen mit Strukturdaten der Landtagswahlkreise, denen als Ergänzung eine vierte Tabelle mit zusammengefaßten Ergebnissen der Landtagswahl 1964 beigegeben ist. Die Tabellen enthalten folgende Angaben (die genauen Berichtszeitpunkte sind jeweils den Tabellen zu entnehmen; Erläuterungen werden nur insoweit gegeben, als dies für das richtige Verständnis der Daten unumgänglich erscheint):

Tabelle 1:

Gemeinden nach Größenklassen 1967

Fläche 1967 in qkm

Wohnbevölkerung 1961 (Volkszählung) und 1967 sowie Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung in diesem Zeitraum.

In den Zahlen sind jeweils auch alle Ausländer ohne Sonderstatus – wie etwa Mitglieder der ausländischen Streitkräfte oder konsularischen Vertretungen – enthalten.

Bevölkerungsdichte (Personen je qkm) 1967

Religionszugehörigkeit 1961 (Volkszählung)

Maßgebend ist die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft und dgl. Bei "Evangelische" sind auch die evangelischen Freikirchen, bei "Katholiken" auch die unierten Riten nachgewiesen.

Tabelle 2:

Privathaushalte 1961 (Volkszählung)

Als solche gelten zusammenwohnende und gemeinsam wirtschaftende Personengruppen (verwandte und fremde Personen) sowie allein wohnende und wirtschaftende Personen, wie etwa Untermieter.

Erwerbstätigkeit 1961 (Volkszählung)

Als Erwerbspersonen zählen alle Personen (ohne Soldaten), die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit auszuüben pflegen, und zwar ohne Rücksicht auf die Bedeutung des Ertrags aus dieser Tätigkeit für den tatsächlichen Lebensunterhalt sowie auf die geleistete Arbeitszeit. Auch Erwerbslose sind hier nachgewiesen. Die Erwerbsquote gibt den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung wieder.

Überwiegender Lebensunterhalt der Wohnbevölkerung 1961 (Volkszählung)

Alle zur Wohnbevölkerung zählenden Personen sind nach der überwiegenden Quelle ihres Lebensunterhalts ausgezählt. Angehörige, für deren überwiegenden Lebensunterhalt Eltern, Ehegatten, Kinder usw. eintreten, sind der Unterhaltsquelle ihres Ernährers zugeordnet. Als Quellen des Lebensunterhalts sind unterschieden Einkommen aus Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosengeld/-hilfe sowie aus Rente, eigenem Vermögen (Mietzins, Pachtzins), aus Fürsorgeleistungen und dgl. War die überwiegende Unterhaltsquelle Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosengeld/-hilfe, so wurde der Ernährer mit den von ihm unterhaltenen Angehörigen entsprechend der Art der (gegebenenfalls früheren) Erwerbstätigkeit nach dem Wirtschaftsbereich bzw. der Stellung im Beruf, in der der Ernährer seine Erwerbstätigkeit ausübte, ausgezählt. Personen ohne Angabe des überwiegenden Lebensunterhalts sind in den Zahlen nicht enthalten; deshalb und auch wegen der methodisch bedingten besonderen Behandlung der Soldaten lassen sich keine Quersummen ziehen. Die Aussagekraft der Daten wird dadurch nicht berührt.

(Fortsetzung Seite 8)

*) Unter dieser Kennnummer werden Ergebnisse dieser Statistik von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht.

Tabelle 3

Landwirtschaftliche Betriebe, Nichtlandwirtschaftliche

Table with columns: Wahlkreis Nr., Regierungsbezirk, Land, Landwirtschaftliche Betriebe ab 0,5 ha landwirtsch. Nutzfläche in Mai 1967 (insgesamt, darunter unter 5 ha landwirtsch. Nutzfläche), Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten am 6.6.1961 (Arbeitsstätten, Besohäftigte absolut, auf 1000 der Bevölkerung), and Nordwürttemberg, Nordbaden, Südbaden, Südwestfalen-Hohenzollern, Baden-Württemberg.

Arbeitsstätten und Industriebetriebe

Table with columns: Betriebe (zahl, absolut 1000, auf 1000 der Bevölkerung), Industrieunternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten Ende September 1964, and Gesamtsummen.

Tabelle 4

Ergebnisse der Landtagswahl 1964

Table with columns: Wahlberechtigte (1000, %), Wähler (1000, %), Wahlbeteiligung (%), Ungültige Stimmen, Gültige Stimmen (CDU, SPD, FDP/DVP, Sonstige), and Wahlkreis Nr.

Tabelle 3:

Landwirtschaftliche Betriebe 1967

Betriebe, deren Schwerpunkt bei den Erzeugnissen der Forstwirtschaft liegt, sind nicht nachgewiesen, desgleichen Betriebe unter 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Dagegen sind die Betriebe mit Schwerpunkt Gartengewächse in den Zahlen enthalten.

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1961

(Arbeitsstättenzählung)

Als Arbeitsstätte gilt jedes Grundstück bzw. jede räumlich abgegrenzte Einheit, auf dem bzw. in der Personen unter einheitlicher Leitung tätig sind. Als Beschäftigte zählen alle in einem Arbeitsverhältnis stehenden Personen, außerdem die tätigen Inhaber und die mithelfenden Familienangehörigen.

Industriebetriebe 1964

Alle örtlich getrennten Niederlassungen sind gesondert ausgezählt, weshalb die hier mitgeteilte Zahl der Betriebe größer ist als bei der laufenden Industrieberichterstattung, die mit (zusammenfassenden) Meldeeinheiten arbeitet. Betriebe mit

weniger als 10 Beschäftigten sind nicht nachgewiesen, desgleichen die Beschäftigten in diesen Betrieben. In der Zahl der Beschäftigten sind Heimarbeiter nicht enthalten.

Tabelle 4:

Ergebnisse der Landtagswahl 1964

Einzeln nachgewiesen sind nur die Stimmenanteile der im vierten Landtag von Baden-Württemberg vertretenen Parteien.

Allgemein ist noch darauf hinzuweisen, daß bei der Aufgliederung der Nachweisungen für die Stadtkreise Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim auf die Landtagswahlkreise (Stuttgart I-V, Karlsruhe-Stadt I und II sowie Mannheim-Stadt I-III) in verschiedenen Fällen mit Schätzwerten gearbeitet werden mußte; die Aussagekraft der Daten wird dadurch allerdings kaum berührt.

Eine kurzgefaßte Auswertung einiger besonders wichtig erscheinender Strukturdaten ergibt folgendes Bild (alle übrigen Daten können an Hand der Tabellen entsprechend oder nach anderen Stufenwerten ausgewertet werden):

Merkmal	Landesdurchschnitt	Schwellenwert der Abweichung in %	Abweichungen vom Landesdurchschnitt um mehr als den vorbezeichneten Schwellenwert der Abweichung			
			+		-	
			Zahl	Nummer und Name ¹⁾	Zahl	Nummer und Name ¹⁾
der Landtagswahlkreise						
Gemeinden je Wahlkreis 1967 ²⁾	61	50,0	11	14 Öhringen, 42 Mosbach, 49 Waldshut, 51 Freiburg-Land, 45 Überlingen, 66 Ehingen, 64 Hechingen, 48 Donaueschingen, 15 Crailsheim, 59 Calw, 60 Freudenstadt	9	10 Ludwigsburg I, 38 Mannheim-Land I, 46 Konstanz I, 39 Mannheim-Land II, 23 Waiblingen I, 34 Karlsruhe-Land I, 26 Esslingen II, 19 Göppingen I, 35 Karlsruhe-Land II
Einwohner je Wahlkreis 1967	122 112	33,3	5	9 Leonberg, 8 Böblingen, 65 Reutlingen, 40 Heidelberg-Land, 55 Offenburg	1	67 Saulgau
Bevölkerungszu- bzw. abnahme 1961 - 1967	10,2%	50,0	12	8 Böblingen, 26 Esslingen II, 11 Ludwigsburg II, 9 Leonberg, 23 Waiblingen I, 59 Calw, 40 Heidelberg-Land, 24 Waiblingen II, 45 Überlingen, 13 Heilbronn-Land II, 38 Mannheim-Land I, 51 Freiburg-Land	10	1 Stuttgart I, 2 Stuttgart II, 31 Mannheim-Stadt I, 4 Stuttgart IV, 7 Ulm-Stadt, 5 Stuttgart V, 30 Heidelberg-Stadt, 25 Esslingen I, 29 Karlsruhe-Stadt II, 33 Mannheim-Stadt III
Anteil der Evangelischen 1961	48,9%	50,0	5	59 Calw, 65 Reutlingen, 13 Heilbronn-Land II, 15 Crailsheim, 22 Backnang	12	67 Saulgau, 64 Hechingen, 56 Baden-Baden, 45 Überlingen, 70 Wangen, 48 Donaueschingen, 68 Biberach, 69 Ravensburg, 37 Bruchsal, 57 Rastatt, 49 Waldshut, 47 Konstanz II
Anteil der Katholiken 1961	46,8%	50,0	13	67 Saulgau, 64 Hechingen, 56 Baden-Baden, 45 Überlingen, 68 Biberach, 70 Wangen, 48 Donaueschingen, 69 Ravensburg, 37 Bruchsal, 57 Rastatt, 49 Waldshut, 47 Konstanz II, 43 Tauberbischofsheim	6	59 Calw, 65 Reutlingen, 22 Backnang, 13 Heilbronn-Land II, 15 Crailsheim, 11 Ludwigsburg II
Nichtlandwirtschaftliche Beschäftigte auf 1000 der Bevölkerung 1961	444,3	25,0	11	1 Stuttgart I, 31 Mannheim-Stadt I, 29 Karlsruhe-Stadt II, 7 Ulm-Stadt, 6 Heilbronn-Stadt, 5 Stuttgart V, 2 Stuttgart II, 33 Mannheim-Stadt III, 4 Stuttgart IV, 36 Pforzheim, 25 Esslingen I	14	13 Heilbronn-Land II, 18 Ulm-Land, 51 Freiburg-Land, 34 Karlsruhe-Land I, 41 Sinsheim, 35 Karlsruhe-Land II, 66 Ehingen, 38 Mannheim-Land I, 42 Mosbach, 43 Tauberbischofsheim, 45 Überlingen, 15 Crailsheim, 14 Öhringen, 67 Saulgau

1) In der Reihenfolge der Abweichung vom Landesdurchschnitt, beginnend jeweils mit der größten Abweichung. - 2) Ohne die Wahlkreise Stuttgart I bis V, Heilbronn-Stadt, Ulm-Stadt, Esslingen I, Karlsruhe-Stadt I und II, Heidelberg-Stadt, Mannheim-Stadt I bis III und Freiburg-Stadt.